

werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Ges. J. Hölsch, Hoffleferant,
Dr. Gerber- u. Breitestr.-Gde.
Olle Auktion, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:
J. Hirschfeld
in Posen

werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annonsen-Expeditionen
F. Rose, Haasenstein & Sohn
G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den
Inseratenheft:
J. Klugkist
in Posen.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Nr. 378

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich drei Mal,
an Sonn- und Feiertagen folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Freitag, 2. Juni.

1893

Politische Uebersicht.

Posen, 2. Juni.

Nachdem die aus den Konservativen und dem Zentrum bestehende Mehrheit des Abgeordnetenhauses vorgestern den Gesetzentwurf betreffend die Verbesserung des Volkschulwesens und des Dienstes im Kommissariat der Volkschullehrer in einer lächerlich verstimmtelten Sitzung angenommen hat — von der ganzen Vorlage ist nichts übrig geblieben, als eine Bewilligung von 2 Millionen Mark für das laufende und das nächste Jahr zu Beihilfen an unvermögende Schulgemeinden oder Schulverbände — hält man es angebracht, in völlig unverbindlicher Weise einen Sympathiebeweis für die unzureichend besoldeten Volkschullehrer zu geben. Durch Ablehnung der Vorlage hat man der Regierung die Mittel, auf dem Wege der Verwaltung einzugreifen und die vermögenden Gemeinden zur besseren Besoldung der Lehrer heranzuziehen, verweigert. Aber nachher fühlte man doch das Bedürfnis, die Notlage der Lehrer wenigstens in einem gewissen Umfange anzuerkennen. Der Abg. v. Strombeck (Zentr.) brachte deshalb den Antrag ein, die Regierung aufzufordern, „im Staatshaushalt die Mittel auszuwerfen, welche erforderlich sind, um den Volkschullehrern — namentlich den älteren — ein den Lokalverhältnissen angemessenes festes Einkommen gemäß Art. 25 der Verfassung zu gewähren.“ Natürlich hatte das Abgeordnetenhaus keine Zeit, sich eingehend mit diesem Antrage zu befassen; man überwies denselben zunächst an eine Kommission, die nach den Wahlen Bericht erstattet; dann wird das Weiteres sich schon finden. Über die Überschüsse aus der Einkommensteuer in der Zeit bis zum 1. April 1895 ist ja bereits anderweitig verfügt. Die Ausführung des Antrags Strombeck würde also vor allem eine erhebliche Besserung der Staatsfinanzen voraussetzen und selbst dann würde in Frage kommen, ob der Staat aus seinen Mitteln auch da hergeben soll, wo unzweckhaft leistungsfähige Gemeinden vorhanden sind, die sich aber den Verpflichtungen gegenüber der Volksschule nach Möglichkeit entziehen. Im Wege des Etats ist überdies eine dauernde Aufbesserung der Lehrergehälter unmöglich, da die Bewilligungen im Etat nur für Jahresfrist galten. Wäre es den Konservativen und dem Zentrum mit einer verständigen und dem Bedürfnis entsprechenden Regelung der Lehrergehälter Ernst, so würden sie die Regierung auffordern, baldmöglichst ein Schuldotationsgesetz vorzulegen. Aber das ist ja gerade, was die Herren der politischen oder kirchlichen Reaktion nicht wollen. Ohne allgemeines Schulgesetz kein Dotationsgesetz — ist ihre Parole; zu deutsch: ohne Auslieferung der Volksschule an die Junker und Pfaffen keine Verbesserung der Lehrergehälter! Dessen mögen sich diejenigen, die es angeht, am 15. Juni erinnern.

Naum hat die „Kreuzztg.“ die „subversiven“ Tendenzen der Freikonservativen denunziert, die im Wahlkreise Salzwedel-Gardelegen den Landtagsabgeordneten des Kreises, Herrn Gutsbesitzer Schulz-Lüpitz gegen den Grafen v. d. Schulenburg-Beeckendorf, den Vorkämpfer des „Bundes der Landwirthe“, als Kandidaten aufstellen, so beeilt sich die „N. A. Z.“, dieses Vorgehen als

„inopportun“ zu bezeichnen, weil Herr v. d. Schulenburg als Mitglied der Militärikommission von vornherein mit Wärme und Sachverständnis für die Militärvorlage eingetreten sei. Da Herr Schulz-Lüpitz zweifellos ebenfalls für die Militärvorlage eintreten wird, so scheint uns diese Erwähnung nicht zutreffend. Auf der andern Seite aber ist Herr Schulz-Lüpitz kein Agrarier und gehört dem „Bund der Landwirthe“ nicht an. Was im Uebrigen den tieferen Einblick in das Wesen der Heeresreform betrifft, welches die „N. A. Z.“ Herrn v. d. Schulenburg-Beeckendorf zuschreibt, so hat derselbe hier von in der Militärikommission unseres Wissens nur durch den denkwürdigen Ausspruch: „Nichts fördert mehr die Ueberhebung bei dem Manne, als der Umgang mit dem Pferde“ Zeugniß abgelegt.

Über die Aufstellung des Landtagsabg. Enneckerus als Kandidat der national liberalen Partei in Oldenburg I — gegen Hinze — wird der „Weser Ztg.“ von dort geschrieben, für den bezüglichen Beschluss des national liberalen Vereins in Oldenburg sei ausschlaggebend gewesen der Stimmberecht, welchen die in der Vorstandssitzung anwesenden Herren aus den Fürstenthümern Cuxhaven und Birkenfeld erstattet haben, wonach dort keine einzige national liberale Stimme für Hinze abgegeben werden würde. Der Berichterstatter führt dann fort:

„Wie jetzt aber der Vorstand des freiheitlichen Wahlvereins erfahren hat, ist die Stimmung in Cuxhaven und Birkenfeld eine weitaus andere, als jene Herren Vertreter sie am Sonnabend in der Vorstandssitzung der Nationalliberalen dargestellt haben. Die beiden Herren aus Cuxhaven sollen überhaupt auf die Zugehörigkeit zur national liberalen Partei keinen Anspruch erheben können, sondern zum „Bund der Landwirthe“ zählen. Davon aber auch abgesehen, ist die Stimmung für Hinze im Fürstenthum Lübeck eine sehr günstige und auch im national liberalen Lager erfreut er sich dort warmer Sympathien, auch jetzt noch, trotz Enneckerus. In Birkenfeld aber haben sich inzwischen die Nationalliberalen hellweg offen für Hinze erklärt, so u. a. in Idar.“

Im übrigen wird mitgetheilt, daß Geheimer Justizrat Enneckerus die Kandidatur unter der Bedingung angenommen hat, daß er von jeder Verpflichtung agitatorischer Thätigkeit entbunden ist.

Gegen die Aufstellung des Handelskammerpräsidenten Köpp in Wiesbaden als Gegenkandidaten gegen den bisherigen Abgeordneten Schenk ist, nach einer Berliner Mittheilung der „Barm. Ztg.“, formell nichts einzuwenden. Anders aber gestalte sich die Sache, wenn Mitglieder der bisherigen freisinnigen Fraktion sich bereit erklären, die Gegenkandidaten persönlich zu unterstützen. Das sollte in Wiesbaden geschehen sein. Es werde die Mittheilung verbreitet, daß Hänel und Hinze beabsichtigen, für den Kandidaten der freisinnigen Vereinigung in Wiesbaden persönlich einzutreten; und diese Mittheilung habe wieder die Ankündigung Richters hervorgerufen, daß er an dem Tage, an welchem Hänel oder Hinze zu Gunsten ihres Kandidaten sprechen würden, in Wiesbaden persönlich die Kandidatur Schenks empfehlen würde. Der Berichterstatter nimmt vorläufig noch an, daß Hänel und Hinze sich so über die Vereinbarungen, an denen sie persönlich sich beteiligt haben, nicht hinwegsetzen würden. Sollten sie aber wirklich in Wiesbaden auftreten, so müsse der

Kampf zwischen den beiden Parteien auf der ganzen Linie entbrennen und das wäre der größte Gefallen, den die bisherige freisinnige Partei ihren Gegnern rechts und links bereiten könnte.

Die Stimmung im italienischen Senat ließ sich am Mittwoch bei der Wiedereröffnung recht kriegerisch an. Auf der Tagesordnung stand das Pensionsgesetz, das die Budget-Kommission verworfen hat. Schließt sich der Senat dem Votum der Kommission an, so war die Müh der ganzen Parlamentsession vergebens. Saal und Tribünen waren dicht besetzt. Die Senator Saracco und Rossi sprachen gegen das Pensionsgesetz, der Senator Brischci trat für dasselbe ein. Der Schatzminister Grimaldi verteidigte ausführlich die Finanzpolitik der Regierung und bestritt, daß das Pensionsgesetz den wesentlichen Theil in dem Finanzprogramm des Kabinetts bilde. Die Ausführungen des Schatzministers fanden lebhaften Beifall auf der Seite der Regierungspartei. In der Donnerstagsitzung dürfte sich das Schicksal des Pensionsgesetzes entscheiden.

Aus Russland kommen fortgesetzte die traurigsten Nachrichten über den Stand der Saaten und die Noth der Bevölkerung. Erst kürzlich hatten wir nach der „Woss. Ztg.“ über die dort herrschende entsetzliche Hungersnoth berichtet. Jetzt meldet das offizielle Telegraphenbureau folgende Nachrichten aus dem Süden des russischen Reiches: In dem ganzen Wolga-Gebiete ist eine stille warme Witterung herrschend geworden, die das Wachsthum des Getreides und der Futterkräuter außerordentlich fördert. Im Nostower Bezirk stehen Sommergetreide und Gras zur Zeit ungewöhnlich gut; in den Rayons von Jeisk, Verbiansk und Melitopol sind wohlthätige Regen niedergegangen, Dank denen die Winteraussaat sich bessert; der Stand der Sommerraussaat in diesen Gegenden ist ausgezeichnet. In einigen Kreisen des Gouvernements Taurien ist die Winteraussaat verloren gegangen; die Felder sind neu mit Sommergetreide bestellt. Die Gemüsegärten in diesen Kreisen stehen unbesiedigt. Gras ist nicht vorhanden. Das Vieh wird mit dem Stroh der Dächer gefüttert, oder, wo auch dieses nicht vorhanden ist, zu einem äußerst billigen Preise verkauft.

Von verschiedenen Seiten werden gegenwärtig in Frankreich Versuche gemacht, an die Stelle der „Konzentrierung“ der republikanischen Parteigruppen, die sich auch auf die radikalen Elemente bezieht, die Bildung einer Kammermehrheit zu setzen, in der die konstitutionelle Rechte einen Platz finden soll. In diesem Sinne hat sich auch Léon Say geäußert. Derselbe hielt gelegentlich eines Bankets, das von dem „Journal des Débats“ veranstaltet wurde, eine Rede, in welcher er hervorhob, daß die französische Republik die ihr nahestehenden Elemente in sich aufnehmen müsse. Er billigte das Militär- und Schulgesetz, dasselbe dürfe aber nicht thyrannisch durchgeführt werden. Den Sozialismus tadelte der Redner, er verlangte Einschränkungen in den Ausgaben und schloß, das Programm der Liberalen sei und werde immer sein, die Freiheit der Bürger zu verteidigen.

Briefwechsel des Generals Leopold v. Gerlach mit dem Bundestags-Gesandten Otto v. Bismarck.

Fräulein v. Gerlach, welche durch die Herausgabe der Denkwürdigkeiten ihres Vaters, des unter Friedrich Wilhelm IV. so mächtigen Generaladjutanten, des Hauptes der Camarilla, wie er selbst die damalige Nebenregierung nannte, einen für die Geschichte jener Zeit so wichtigen urkundlichen Beitrag geleistet, hat denselben in dem soeben im Verlage von W. Herz in Berlin erschienenen oben genannten Buche einen Nachtrag gegeben, der nicht weniger interessant ist. Es begreift sich, daß Bismarck dieser Veröffentlichung zugestimmt, denn sie zeigt denselben im vortheilhaftesten Lichte, wie der jugendliche, in vollster Kraft stehende Diplomat, der, als er nach Frankfurt kam, „ziemlich gut österreichisch“ war, unter den Eindrücken des kaiserlichen Präfekts und der Politik der Mittelstaaten, rasch von seiner Vorliebe für die legitimistische Gefühlspolitik seines Königs, die er noch nach Olmütz in der Kammer verteidigt, gehext ward und sich zu einem strammen Interessenspolitiker entwickelte. Der alte General ist zwar auch weit entfernt, die Zustände in Preußen und Deutschland schön zu finden, er tadelte die bonapartistisch-bureaucratischen Neigungen Mantuells und dessen schwankende Politik, die im Innern Hindeldey als Präfektur gewähren läßt, zweifelhafte Subjekte, wie Rhyn Quehl, seinen bösen Genius, für seine offiziöse Presse verwendet, die „Kreuzzeitung“ konfisziert läßt und sich den ständischen Restaurationsideen Westfalens gegenüber verhält; er verurtheilt auf schärfste die Geschäftigkeit Beaufsicht, des ärgsten Stäfers, und die Rheinbundgelüste an den Mittelstaaten. Aber er bleibt bei seinem Haß gegen den Bonapartismus, den er als die gekrönte Revolution beträgt, der Abneigung gegen England, dessen Staatskunst durch die Reformbill

und Palmerstons unruhige Politik in die Brüche gegangen, und bei seiner Vorliebe für Russland.

Dem gegenüber ist es höchst lehrreich, zu sehen, wie Bismarck, von gleichen Gesichtspunkten ausgehend, sich allmählich immer mehr frei macht von den Vorurtheilen, die er nach Frankfurt mitgebracht. Für die Schmerzen, welche Gerlach die Hamburger Neuerverfassung und die anhaltischen Verfassungsstreitigkeiten bereiten, hat er keine sehr warmen Sympathien und erklärt, daß der Bund sich schwerlich zu einem Eingriff in die Partikularsouveränität der betreffenden Staaten bringen lassen, tritt dagegen energisch für den Septembervertrag mit Hannover ein, als „Consolidierung der gefundenen norddeutschen Elemente durch das Band materieller Interessen, selbst wenn sie mit Verlusten an süddeutschen Befestigtheiten des Bölleretts erlaucht werden sollte“ und legt auf Militärkonventionen mit den kleineren Staaten ein besonderes Gewicht. Ganz einig ist er mit Gerlach in seiner Antipathie gegen die bonapartistischen Neigungen Schwarzenbergs, Bachs und Hübners; er sieht die Gefahr des Staatsstreichs vom 2. Dezember in der Erstarkung eines Feindes, der stark war, glaubt aber nicht an Louis Napoleons Kriegsgelüste, weil derselbe sich der Armee gegenüber nicht auf die Dauer vertheidigen kann, denn in derselben fehle das Element der Ermattung, welches ihn bei der nicht militärischen Bevölkerung trage. Eben so wenig glaubt er, daß Napoleon auf ein österreichisches Bündnis eingehe, höchstens sich derselbe für unerwartete Verwicklungen vorbereite, denn es würde bei der Armee wie bei der Bevölkerung tragen, für die Österreichs Name gleichbedeutend mit feudalem Absolutismus sei, unpopulär sei, während der Präsident den Schein liberaler Institutionen zu retten suchen werde. Vor allem tritt seine wachsende Antipathie gegen Österreich und sein Präsident am Bundesstage hervor, sehr fein drückt er im Gegensatz zu seinen mittelstaatlichen Kollegen seine Befriedigung über Prokeschs Ernennung zu diesem Posten aus, die ein unverzichtbarer Fehler Österreichs

sei, weil derselbe sich schon „in einer einfacheren diplomatischen Stellung mit jedem verfeindet habe, mit dem also in so intrikaten Beziehungen, wie sie sich bei der Unklarheit der bessigen Verhältnisse und dem kollegialen Geschäftsgange bilden, gar nicht zu leben ist.“ Dies bewährheit sich bald, Prokesch in seiner Eitelkeit führt sich mit einer taktlosen Rede ein, die er mit den obligaten Schmeicheleien seines preußischen Kollegen druden läßt. „Er spricht sich vollständig tot und verlängert unsere Sitzungen durch seine selbstgefällige Weitschweifigkeit auf das Dreifache.“ Er versucht kleine Übergriffe im Geschäftsgange, indem er sich unerschoren stellt; wenn ich ihn darüber foramire, so setzt er sich in tugendhafte Entrüstung, hält die Frage verdunkeln in ein Bathos von Vertrauen und höheren Gesichtspunkten und schließt schließlich, wenn ich den Fuchs konsequent aus dem Bau treibe, die Schuld auf einen Unterbeamten, der ihn falsch berathen habe. Dabei tritt der Unmut über die ganze Bundestagswirtschaft unverhohlen zu Tage, die wichtigen Fragen, wie über Ulm und Stoffstadt, die Revision der Geschäftsvorschrift, das Oberkommando über die hiesigen Truppen, werden jahrelang verschleppt, während man sich über Kleinigkeiten berumschlägt. „Wir sind hier in Bundesfischen fortwährend sehr thätig, ohne daß ich eigentlich anzuzeigen vermag, was wir thun. Bei allen wichtigen Angelegenheiten ist die Fraktion entgegengesetzter Interessen zu stark, um ein für das unbewaffnete Auge wahrnehmbares Fortrücken zuzulassen.“

Während Gerlach in der orientalischen Entwicklung Anfangs nicht an Krieg glauben will, spricht Bismarck sich dahin aus, daß „man auf jeden Fall eine feste Stellung einnehmen müsse, Österreich werde seiner Überzeugung nach unaufrechtig gegen Preußen verfahren, dasselbe nach Bedürfnis benutzen ohne Gegenleistung und bei Seite werfen, uns die Rolle zuweisen wie Don Juan dem „Leopoldo bei der Bauerprüfung“. Dem gegenüber wünscht er mit den anderen deutschen Staaten eine bewaffnete Neutralität zu bilden, diese so vor dem Kriege zu schützen

Die Entwicklung der Dinge in Uganda erregt in England begreifliches Aufsehen. Bekanntlich hatte der englische Vertreter, Portal, dort die englische Flagge gehisst und das Protektorat des englischen Staates über das Land erklärt, welches bisher von einer englischen Gesellschaft verwaltet wurde. Wie vorauszusehen, wird Portal vorläufig von der englischen Regierung verleugnet, was natürlich nicht ausschließt, daß er in direktem Regierungsauftrag gehandelt hat, und daß sein Vorgehen später gebilligt werden wird, wenn Alles gut abgelaufen ist. Vorläufig aber erklärte der Parlamentssekretär des Auswärtigen, Grey, im Unterhause, daß der Regierung seit der Ankunft Portals in Uganda keinerlei Nachricht von demselben zugegangen sei, sodass sie über die Vorgänge, über welche in den Zeitungen berichtet würde, nichts wisse. Der Bericht Sir Macdonalds über die Versetzung für die geplante Eisenbahn von Mombasa nach dem Viktoriasee sei dem Parlament zugegangen, aber die Regierung werde darüber keine Entscheidung treffen, bis von Portal ein Bericht eingegangen und vom Parlament erwogen worden sei. Storrey fragt an, ob nach Ansicht des Auswärtigen Amtes Portal Vollmacht besitze, die britische Flagge in Uganda zu hissen und das Protektorat zu proklamieren. Grey erwiderte, die Portal ertheilten Instruktionen gäben demselben große diskretionäre Vollmachten, besonders im § 8. Er könne bis zum Eintreffen des Portalschen Berichtes nicht sagen, ob nach Ansicht des Auswärtigen Amtes die Instruktionen Portal gestatteten, ohne Anfrage bei der Regierung die britische Flagge zu hissen und das Protektorat zu proklamieren. Die Aktion Portals würde nur eine provisorische sein, bis sein Bericht von der Regierung erwogen worden wäre.

Deutschland.

Berlin, 1. Juni. Eine Protesterklärung von katholischen Handwerkern in Münster gegen Herrn v. Schorlemers stellt sich zwar als Kundgebung zu Gunsten des alten Zentrums dar; gleichwohl gehört auch sie den Zeichen einer Auflösung dieser Partei, und sie verstärkt den Eindruck, daß das Zentrum entsprechend den verschiedenartigen wirtschaftlichen Grundbedingungen seiner Bestandtheile auseinanderstrebt. Gerade weil diese biederer Handwerksmeister von Münster am Zentrum festzuhalten vermögen, sorgen sie auf ihre Weise dafür, daß die Partei einen Charakter bekommen soll, den sie nicht vertragen kann, und so die Elemente der inneren Verzerrung wachsen. Diese klerikalen Bündler wollen das Zentrum zum Werkzeug ihrer Sonderwünsche gemacht sehen, und darum protestieren sie mit wahren Hohn gegen die Zumuthung Schorlemers, vorzugsweise Landwirthe in den Reichstag zu wählen. Umgekehrt sieht es die Schorlemersche Richtung als ihre Hauptaufgabe an, die landwirtschaftlichen Interessen zu fördern. Beide Gruppen sind in ihrer Grundstimmung konservativ beanlagt, nur mit dem Unterschiede, daß die Schorlemersche Gruppe am leidenschaftlichen Aufschwung der agrarischen Interessenbestrebungen stärker Theil nimmt und deshalb auch eher vom Zentrum abgesplittet ist. Den klerikalen Handwerkern würde, ob sie es auch für jetzt ablehnen, genau das nämliche geschehen, wenn eine außerhalb der eigenen Partei befindliche Kraft da wäre, die mit derselben Stärke auf sie wirkte, wie das konservative Agrarierthum auf den agrarischen Klerikalismus. Noch freilich ist es nicht so weit, und die Lieberschen Zentrumsleute mögen vergnügt zusehen, wie ihr "Demokratismus" so garnichts Abstoßendes für das klerikale Bündlerthum hat. Leben alle diese Gegenseite auch an der Frage über die Militärvorlage auf, so entwickeln sie sich doch unabhängig von dieser Wahlfrage, und sie würden sich bei einer anderen Fragestellung vielleicht sogar noch schneller gegen einander abgrenzen. — Im Wahlkampf fehlt es nicht an scherhaftem Intermezzo. Aus den Mitteilungen, die uns befreundete Politiker, zum Theil bisherige Parlamentarier, machen, geben wir einige wieder. Die Wählerlisten sind bei der Eile ihrer Anfertigung vielerorts mangelhaft; daß aber ein Buchstabe des Alphabets (als Anfangsbuchstabe der Namen

der Wähler) in der Liste ganz fehlt, ist doch wohl ungewöhnlich. In Friedland in Mecklenburg waren alle Wähler, deren Namen mit L anfangen, in einer Straße wegbleiben; das Versehen wurde erst am letzten Tage der Frist, binnen welcher die Listen zur Prüfung ausliegen, entdeckt, konnte also gerade noch gut gemacht werden. In Lüschow der Kandidat L. seine Kandidatenrede mit den verblüffenden Worten: "Und wer's nicht glaubt, ist ein Dohse." Seine wohl ohnehin nicht große Partei ließ ihn nach diesem Urtheil über die Wähler, durch welches das bekannte Diktum vom beschränkten Unterthanenverstand übertrumpft wird, fallen. In der politischen Farbenwahl ist bekanntlich die Farbe der Sozialdemokratie Roth. In Lübeck aber ist Roth "Sanitätsfarbe", d. h., zur Zeit der Cholera wurden die auf die Krankheit bezüglichen Veröffentlichungen auf rotem Papier angeschlagen und rothe Plakate anderer Art verboten. Die Sozialdemokraten wählten darauf Grün zu ihrer Parteifarbe und sind auch in diesem Wahlkampf bei der Farbe der Hoffnung geblieben, während sie betreffs der Erhaltung des gefährdeten Mandats allerdings zwischen Hoffnung und Furcht schwanken.

A Berlin, 1. Juni. Die sozialdemokratischen Führer Bebel, Liebknecht und Singer werden, wie wir erfahren, in den letzten Tagen vor der Wahl in den Hauptorten derjenigen Wahlkreise sprechen, die bis jetzt sozialdemokratisch vertreten, aber diesmal gefährdet sind; so z. B. am 13. Juni Bebel in Lübeck, Singer in Bremen. Die Erhaltung der bisherigen Sitze scheint hiernach den Sozialdemokraten wichtiger zu sein als die Neuerwerbung von Wahlkreisen.

— Wie die "Volksztg." von gut unterrichteter Seite hört, wird auf Betreiben eines höheren Beamten z. B. in Berlin eine Petition an den Kaiser vorbereitet, in welcher die Abschaffung des allgemeinen, gleichen, direkten, geheimen Wahlrechts für den Reichstag gefordert werden soll. Es wird beabsichtigt, die Unterschriften derartig zu sammeln, daß als Unterzeichner lediglich "unabhängige", den Bürger- und Arbeiterklassen angehörige Personen (nicht Beamte) zugelassen werden, damit die Petition den Anschein einer "freiwilligen" Kundgebung "aus dem Volke" gewinnt.

— Wenn die betreffenden Eingeladenen, so wird uns aus Berlin geschrieben, sämmtlich gekommen sind, dann hat es bei der heutigen Hochzeitsfeier des Unterstaatssekretärs v. Rottenburg eine interessante Zusammenkunft gegeben. Eingeladen waren nämlich außer dem Grafen Caprivi auch die Grafen Herbert und Wilhelm Bismarck. Herr v. Rottenburg, der die kaum 20jährige Tochter des bisherigen amerikanischen Gesandten Phelps heimführt, ist Wittwer mit mehreren Kindern und war in erster Ehe mit einer Engländerin verheiratet.

— In einem Flugblatt für den freisinnigen Kandidaten im Wahlkreise Danzig-Land, Hofbesitzer Danz-Hohenstein, wird der Unterschied zwischen einem Großgrundbesitzer und einem Bauermann also illustriert:

"Ist es kein Unterschied, wenn der Großgrundbesitzer jährlich vom Staat, d. h. aus den Taschen der Steuerzahler für sein Spiritusbrennen Tausende von Mark geschenkt erhält? Hat nicht Herr Rittergutsbesitzer Wüstenberg-Regin als Besitzer einer Brennerei in der letzten Versammlung in Lauenburg selbst erklärt: 'Der Staat schenkt mir jährlich 6800 Mark fürs Spiritusbrennen.'

Die Thatsache ist, wie der "Lib. Korr." geschrieben wird, richtig. Herr Wüstenberg-Regin, ein durchaus freisinniger Mann und wertvoller Parteigenosse, hat sich für die Abschaffung der Liebesgabe für die Brenner erklärt.

— Die bedauerliche Proxie, Oppositionsparteien die Abhaltung von Wahlversammlungen unzulässig zu machen, indem man die Wirthschaft veranlaßt, ihre Lokale zu verweigern, hat im Kreise Nordhausen zu bedauerlichen Ereignissen geführt. In einer antisemitischen Versammlung, welche letzten Dienstag im Schillingschen Lokale in Sollstedt stattfand, wurden die zahlreich anwesenden Sozialdemokraten, nachdem ihr Kandidat Th. Glocke 7 Minuten gesprochen hatte, aufgefordert, das Lokal zu verlassen. Der Gendarm wurde thörlig angegriffen, die sämtlichen Fenster des Lokals durch Steinwürfe eingeschossen. "Der Gross unter den Leuten, wird der 'Nordh. Stg.' geschreiten, ist zu gross, weil fast nur die antisemitische Partei Säle in Landorten bekommt."

und denselben zu nötigen, sich auf der See auszutoben, vorbehaltlich dessen, was Österreich, welches sich in seiner freien Bewegung nicht kann hemmen lassen, im Orient zu thun für gut findet." Freilich setzt er hinzu, nur die Erfahrung könne lehren, ob eine solche Neutralität haltbar sei und die Folge lieb diesen Zweifel sehr begründet erscheinen, die Mittelstaaten kamen zwar, um sich wichtig zu machen in Bamberg zusammen und erließen unter Russlands Protektorat eine Erklärung für eine selbständige Politik, aber die Furcht vor Österreich und Frankreich bewog sie schließlich niets für Österreich zu stimmen. In Berlin aber führte die Befragung, Österreich durch einen Bruch ganz in das Lager der Westmächte zu treiben, dahin, daß man schriftweise nachfragt; Gerlach schreibt, daß die preußische Politik fordere, sich mit Österreich zu stellen, Bismarck betont dagegen, daß dasselbe den Bundesbrauche, um seinen Zwecken zu dienen, es wolle den "Löwen" in Deutschland machen, die große Rolle in Italien spielen und für die europäische Politik über uns disponieren, ohne uns in der deutschen ein Gott vergelten zu sagen. Wir begeben dabei, wie erscheint, den Fehler eines blöden Jungen, der sich von seinem an Anregung und Wissbegierde überlegenen Kompagnon überzeugen läßt, wie unrecht er thut, sich nicht für ihn zu opfern. Bei allen unverhüllten Zumuthungen sagten wir niemals; das will ich nicht, weil es mir nicht sonnenxit, sondern, "als ob wir kein Recht auf eigene Meinung, keine eigenen mit Österreich oder anderen Bundesstaaten tollidrenden Interessen hätten, erklären wir uns mit allem einverstanden und suchen Hinterthüren, um aus der Sache mit blauem Auge herauszukommen."

So war es in der That. Gerlach entschuldigt dies charakteristischer Weise mit der schon seit Friedrich Wilhelm II. herrschenden, durch guten Willen moderierten Anarchie, "deren Resultat doch sei, daß dennoch unsere Politik in leidlichem Gange ist", er mißbilligt zwar die ohne seine Zustimmung mit Österreich geschlossene Konvention vom April, "die angehenden Diplomaten zeigen können, wie man es nicht machen müsse", aber hofft deren Nachtheile doch durch

richtige Interpretation zu beseitigen, zumal die russische Räumung der Donaufürstenthümer "Preußen vor allen bedenklichen Folgen des Vertrags bewahre, aber er muß doch bald hernach zugeben, daß Österreich, backed by France durchsehen werde, Deutschland nach sich zu ziehen" (S. 195) und Bismarck schreibt, daß niemand an eine feste Stellung Preußens glaube. "Wenn ich zu einem meiner Kollegen sage, wir bleiben seit, auch wenn es Österreich zum Bruch treiben sollte, so lacht er mich aus und sagt, so lange der König lebt, kommt es nicht zum Kriege zwischen Österreich und Preußen."

Trotz alles Schwankens in Berlin zögert der Briefwechsel doch deutlich, wie viel Bismarck dazu beigetragen, Preußen in neutrale Stellung zu erhalten, und schließlich fanden die Westmächte, namentlich Napoleon, daß die scharfe Politik desselben wenigstens ehrlich gewesen und sie nicht wie Österreich betrogen. Bismarck aber erkennt, daß, wie die Dinge sich nun einmal gestaltet, Napoleon der mächtigste Mann in Europa ist und Preußen alle Ursache hat, sich gut mit demselben zu stellen. Für seinen ersten flüchtigen Besuch in Paris im August 1855 bittet er seinen alten Freunde noch scherhaft um Entschuldigung, da ein Diplomat sich über alles, was vorgehe, belehren müsse; 1857 aber geht er auf längere Zeit hin und hat eingehende Unterredungen mit dem Kaiser über alle schwedenden Fragen; derselbe sagt ihm, daß man das Vergangene vergessen müsse, "c'est l'avenir qui doit occuper les hommes politiques", fragt ihn mit grossem Interesse über Arme und Landwehr und läßt den Wunsch, sie zu leben, deutlich durchblicken. Bismarck kann auf letzteres zwar nicht eingehen, da er die Ansichten des Königs darüber nicht kennt, aber spricht Gerlach seine Überzeugung aus, daß ein Besuch des Kaisers in Berlin von großem diplomatischen Nutzen sein und Österreich wie den Mittelstaaten einen hellen Schrecken einjagen werde. Das ist natürlich sehr wenig in Gerlachs Sinne, der in dem Bonapartismus, trotzdem er die Revolution gekündigt, Kirche, Justiz und Verwaltung wieder aufgebaut, doch eigentlich in Eu-

ropa die Revolution ins Leben gerufen, aber Bismarck vertheidigt in zwei ausführlichen Schreiben vom 2. und 5. Juni 1857, wodurch den bedeutendsten, welche das Buch enthält, seine gegenwärtige Ansicht und bestreitet, daß er einem vereinten Mann, der ihm imponire, das Prinzip opferre. Der Mann imponire ihm um so weniger, als die Fähigkeit, Menschen zu bewundern, bei ihm nur mäßig ausgebildet sei Frankreich und seine Legitimität ordne er gänzlich seinem speziell preußischen Patriotismus unter; Ludwig XIV. habe ebenso feindselig gegen Deutschland gehandelt wie Napoleon I. "In der Geschichtspolitik ist gar keine Nezprosität, sie ist eine ausschließlich preußische Eigentümlichkeit, ich kann den Maßstab für mein Verhalten gegen fremde Regierungen nicht aus stagnierenden Antipathien, sondern nur aus der Schädlichkeit oder Nützlichkeit für Preußen, welche ich Ihnen beigebe, entnehmen". Eingehend weist er dann nach, daß kaum ein einziger Staat von revolutionären Eingriffen fern geblieben, selbst Preußen gegenüber seinen Mitständen keinen vollständig legitimen Besitztitel aufweisen könne. Die Revolution sei eben viel älter als die Bonapartes und breiter in der Grundlage als Frankreich, nicht Napoleon, sondern die Bourbonen hätten den Absolutismus eingeführt und durch ihre Wirthschaft mehr für die Revolution gethan als Bonaparte. Napoleon III. sei nicht prinzipiell Großer, weil er kein Feldherr sei und einen glücklichen General fürchten müsse, für einen legitimen König würde dagegen stets die Nödigkeit da sein, sich durch Krieg zu befestigen. Die Methode aber, nach der jetzt Frankreich regiert werde, sei nicht Wahl des Kaisers, der vielmehr für ihre Mängel nicht blind sei, aber wahrscheinlich die einzige, nach der Frankreich auf lange Zeit hin regiert werden könne. — Man muß den Brief in seiner eng gefügten politischen Logik selbst lesen, um denselben zu würdigen, aber die Auszüge, die wir daraus wie aus andern Schreiben der beiden Korrespondenten mitgeteilt haben, werben hinreichlich, um zu zeigen, welches Interesse das ganze Buch bietet.

Militärisches.

Berlin, 1. Juni. Wie die "Nordh. Allg. Ztg." meldet, hat der Kaiser gestern in Danzig den Viceadmiral Knorr zum Admiral ernannt.

Aus dem Gerichtssaal.

* Berlin, 1. Juni. Eigenartige Geschäftsprinzipien zeichneten die Werkstatt für Uhrenreparaturen aus, welche der Uhrmacher er gehilfe August Seydel eingerichtet hatte. Der schon vielfach vorbestrafte Mensch hatte das Glück, daß ihm eine ganze Anzahl von Personen Ihnen zur Reparatur anvertraut. Wenn Sie dieselben wieder holen wollten, erhielten Sie von dem Angeklagten einfach eine Anweisung auf eine in der Nähe belegene Pfandstelle, wo er die Uhren sofort nach Empfang verließ. Seydel hatte sich deshalb gestern wegen Unterschlupf in fünf Fällen vor der 8. Strafkammer bestimmt. Selbst den von den Kunden aufgestellten bürgerlichen Kandidaten, der in seinen Wahlreden die Großgrundbesitzer angreift, hört sie wohl an, aber den Wählern fehlt der Glaube.

* Elberfeld, 31. Mai. Das Reichsgericht hat bekanntlich das Urtheil des Kölner Landgerichts in dem Prozeß des Teufelsaustreibers Vaters Aurelian gegen die "Kölnische Zeitung" aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht Elberfeld verwiesen. In Folge dessen wurde heute vor der hiesigen Strafkammer die Klage gegen den Redakteur Dr. H. van Look verhandelt. Die Verhandlung währte drei Stunden. Der Staatsanwalt bean-

trage die gleiche Strafe von 50 Mark, auf welche die Strafammer in Köln erkannt hatte. Der Vertheidiger verbreitete sich in einstündiger Rede über die verschiedenartige Auffassung des Urhebergesetzes und bestritt jede Strafbarkeit in vorliegendem Falle. Die Urtheilsverkündigung wurde auf acht Tage vertagt.

Vermischtes.

† Aus der Reichshauptstadt, 1. Juni. Die Anlage der elektrischen Hochbahn scheint nun doch gesichert. Wie die „Nat. Ztg.“ erfährt, ist das Immediatgesuch des Gemeinderats der Böhmischen Hochbahn an der Lutherkirche abschlägig beschieden worden. Damit sind die gegen die Ausführung der elektrischen Hochbahn erhobenen Einwände beseitigt und es steht voraussichtlich der Konzessionierung dieser Bahn nichts mehr im Wege. Nachdem die Vorverhandlungen beendet sind, werden Siemens und Halske die Arbeiten sofort beginnen, und man hofft, daß die Eröffnung der Berliner elektrischen Hochbahn in etwa zwei Jahren erfolgen könne. Uebrigens wird die Fahrgeschwindigkeit, welche eingehalten werden soll, bei weitem die Geschwindigkeit der Stadtbahn übertreffen.

Mehr als ein halber Zentner Briefe, genau gewogen siebenundzwanzig Kilogramm, waren auf dem Postamte XII in der Zimmerstraße für einen einzigen Empfänger bis zur gestrigen Aushändigung angesammelt worden. Ein in der Markgrafenstraße wohnender Franzose hatte verstanden, unter Zusicherung von hohen Prämien, die auf die sofort in die Augen fallende Löschung eines in den Zeitungen abgedruckten Bildes derart ausgelegt waren, daß die erste durch die Post ihm zugehendene Enträthebung den höchsten Preis erzielen sollte, das Publikum für den Kauf einer Seife einzunehmen. Da aber die eingehenden Briefe nur die Bezeichnung der Seife als Adresse trugen, hielt die Post sie an, bis der Empfänger sein Eigentumsrecht nachgewiesen hatte. Auch die Polizei befaßte sich mit der Angelegenheit. Bevor die Sache geklärt war, fanden in der Markgrafenstraße große Zusammenläufe statt, da das Publikum sich — eingesetzt glaubte.

Bei einem Stadtbahnzug zerbrach wurde am Mittwoch in der Nähe des Bahnhofs Zoologischer Garten ein Strekenarbeiter, der bei dem Umbau des Stadtbahn-Kanals beschäftigt war. Derselbe wollte die Bahn geleise überqueren, um sich nach der Arbeitsstelle zu begeben, bemerkte dabei aber nicht, daß der Bahnhörper gerade hier eine scharfe Kurve beschreibt, daß ein Nordringzug vom Zoologischen Garten heranbrauste. Der Arbeiter wurde von der Maschine erfaßt, die Räder derselben gingen über beide Beine des Unglückslichen fort und schnitten solche buchstäblich bis zum Knie ab. Außerdem erlitt er noch eine schwere Kopfverletzung. In bestinnungslosem Zustande wurde der 32jährige Mann mittels Krankenkorbes nach dem Charlottenburger Krankenhaus gebracht, woselbst er hoffnungslos dardiebster liegt.

† Musikalisches Schafmittel. London, 30. Mai. Dem „Daily Telegraph“ zufolge verdanken die mechanischen Musikkäpfchen ihren neuesten Fortschritt einem indischen Prinzen. Derselbe litt an Schlaflosigkeit, hatte vermutlich alle orientalischen Schafmittel und Schlafränke durchgemacht und durchgeforscht und ließ sich schließlich ein musikalisches Bett bauen! Dessen vier Pfosten nehmen vier lebensgroße weibliche Figuren ein, und diese haben sich in die Einschlafersungsarbeit derart getheilt, daß, wenn sich der Potentat austreckt und den betreffenden Knopf drückt, ihrer zwei die Mandoline spielen, während die beiden anderen ihm mit großen Fächern Kühlung verschaffen. Jedenfalls wäre es interessant, zu erfahren, ob sich dieses Schafmittel bewährt und ob es sich nicht billiger herstellen läßt; es wäre ein passendes Geburts-tagsgeschenk für Schaflose.

† Heiteres. Neben Chicago lassen sich die „D. Wespen“ von ihrem Wappchen unter Anderem folgendes berichten: „Ich wohne in der 16. Etage, also fast parterre, in dem Hotel „Hundert Goldblätter“ in einem der 3000 Zimmer, in welches ich mit einem sehr elegant eingerichteten und elektrisch erleuchteten Lift gelange. Verhältnismäßig billig, zahlte ich 30 Dollars pro Tag, wofür mir das Zimmer Bett, dreimal täglich frische Tinte Licht bis zum Eintritt der Dunkelheit, der Spiegel, der ungeheilte Ofen und meine eigene Seife zur freien Verfügung stehen. Dank der unbeschrankten amerikanischen Freiheit, kann ich in meinem Zimmer thun und lassen, was ich will. Ich kann wegen des herrschenden Spektakels nicht schlafen, mir so viel Klugeln, als mein Land und sechs läufiger Revolver zu fassen vermag, durch den Kopf schießen, ich kann Klingeln, mich beklagen, falsches Geld anfertigen und krank und bestohlen werden, so viel ich Lust habe. Niemand kümmert sich um mich, und der Hahn, der nach mir kräht, soll noch erst ausgebrütet werden. Die Dollarherrschaft sind die einzigen Väter, nach denen gefragt wird. Die Polizei betritt erst mein Haus, wenn ich ermordet bin und um Hilfe schreie. Hier gibt es auch keinen Hof und keinen Adel. Jeder ist sein eigener Herr, jeder ihre eigene Frau. Nordamerika ist eben Republik. Statt der Kaiser-Schmarren, der Kaiser-Semmel, des Kaiser-Bazars u. s. w. geht es nur Präsident-Schmarren, Präsident-Semmel, einen Präsidenten-Dandler, einen Präsidenten-Bazar u. c., und das ist doch ein wesentlicher Unterschied. Amerika hat keine Armee, daher sind seine Kassen voll wie etwa unsere Käfern. Die Behörden stecken nicht wie bei uns ihre Nasen in Alles, und es bleibt keine Befürchtung wie bei uns. So wurde mir gestern ein Buch verkauft, welches so unsittlich war, daß, nachdem ich kaum eine Stunde darin gelesen hatte, sogar meine Augen verdorben waren. Aber weil das Buch nicht konfisziert wurde, sind auch nur wenige Exemplare gekauft worden, woran man sieht, daß die Unsitlichkeit nur durch die Befürchtung verbreitet wird. Dies möge sich Europa merken.“

Aus der Provinz Posen.

E. Ostrowo, 1. Juni. [Bürgermeisterwahl. Schul-aufsicht.] Schmurgerichtsperiode. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung ist Gerichtsassessor Noll hier selbst zum Bürgermeister dieser Stadt gewählt worden. Herr Noll hat vier Monate hindurch während der Krankheit des Bürgermeisters Wahrendorff und nach dessen Tode die Amtsgeschäfte des Bürgermeisters vertretungswise verwaltet und während dieser Zeit den Beifall der Stadtvertretung in so hohem Grade gewonnen, daß diese von der Ausschreibung der Beförderung zu seinen Gunsten Abstand genommen hat. — Dem Pastor Timm in Adelnau ist von der Königl. Regierung zu Posen die Ortschulaufsicht über die evangelischen Schulen zu Adelnau, Bogdaj und Granowice übertragen worden. — Die nächste diesjährige Schwurgerichtsperiode, die dritte in diesem Jahre, wird am 19. Juni cr. unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hahn hier selbst ihren Anfang nehmen und voraussichtlich bis einschließlich den 25. Juni dauern.

W. Aleksko, 1. Juni. [Brand-schaden.] Ein weihungsschatz aus Aleksko. Während eines Gewitters zündete der Blitz die Scheune eines Gutsbesitzers in Goruchowo an. Wegen der Lage am See in Feuerschaden durch Blitzschläge in diesem Dorfe sehr häufig. — Die Königl. Ansiedlungskommission ließ auf der Ansiedlung Zmeilinen eine Kapelle erbauen. Dieselbe wurde nun der dortigen evangelischen Gemeinde zu kirchlichen Zwecken festerlich übergeben. Zu der Feier erschien der General-Superintendent

Dr. Hesekiel, der Superintendent Kaulbach aus Gnesen und der Pastor Geske aus Aleksko. Nach der feierlichen Übergabe des Schlüssels an letzteren hielten die 3 genannten Geistlichen als Seelsorger der Gemeinde Ansprachen an die zahlreiche Versammlung. Gegen Mittag war die kirchliche Feier beendet. Der rechtzeitige Regen hat im weiten Umkreis einen überaus günstigen Stand der Saaten gezeitigt, der in jeder Hinsicht eine reiche Ernte verspricht.

Telegraphische Nachrichten.

Rom, 1. Juni. Der Papst wird am 12. und 15. Juni Konzilien abhalten. In einer Allocution wird der Papst für die ihm anlässlich seines Bischofsjubiläums dargebrachten Huldigungen danken und wird ferner fünf oder sechs Kardinäle ernennen, darunter den Erzbischof von Bordeaux, den Bischof von Rodes, den Barnabitenpater Graniello und den Jesuitenpater Steinhuber.

Paris, 1. Juni. Die Kammer hat die Vorlage, betreffend die Wahlkreise angenommen und das zu der Vorlage angenommene Amendment dahin modifiziert, daß nur vom Staat besoldete Beamte und Geistliche nicht als Deputirte gewählt werden können.

Paris, 1. Juni. Der hiesige russische Generalkonsul richtete an die französische Regierung das Verlangen, daß zwei Briefpäckchen, welche von einem vor mehreren Monaten durch Selbstmord geendeten russischen Mitgliedern Namens Savitski mit der Aufschrift „Zu verbrennen!“ hinterlassen waren, ausgeliefert würden. Die Erben Savitskis erhoben gegen die Russischen in Geheimheit der im Jahre 1872 abgeschlossenen Konvention dem Generalkonsul auszuliefern seien. — Auf dem Schießplatz bei Le Mans explodirte eine Granate. Ein Unteroffizier wurde getötet, fünf Männer wurden schwer verwundet.

In dem Ministrerrath am Donnerstag verlas der Marineminister Admiral Rieunier einen technischen Bericht des Generals Dodds über den Feldzug in Dahomey. In dem Bericht wird konstatiert, daß die Lebel-Patronen sich gut erhalten haben und durch die Witterung nicht beschädigt wurden. Das Expeditionskorps habe gleichzeitig rauchloses Pulver gebraucht; man habe die Wahrnehmung machen können, daß diejenigen Truppen, welche das rauchstarke Pulver gebrauchten, mehr zu leiden hatten als die anderen.

Brüssel, 1. Juni. Die Repräsentantenkammer berichtet die Verfassungsrechtsvorlage und beschloß mit 98 gegen 34 Stimmen, daß die Stimmenabgabe bei den Wahlen eine obligatorische sein solle mit Ausnahme der vom Gesetz zu bestimmenden Fälle. Darauf wurde der Artikel 48 der Verfassung mit 101 gegen 21 Stimmen in folgender Fassung angenommen: Die Zusammensetzung der Wahlkörper erfolgt für die einzelnen Arrondissements durch Gesetz. Die Stimmabgabe findet in der Gemeinde statt.

London, 1. Juni. In dem Prozeß gegen den Arbeiter Townsend, der vor einiger Zeit einen Droschkenfahrer Gladstone gerichtet hatte, lautete das Urtheil auf nichtschuldig, da Townsend nicht zu rechnungsfähig sei. Townsend wird in einem Irrenhause untergebracht werden.

Konstantinopol, 1. Juni. Ein auf der hiesigen englischen Botschaft aus Bagdad eingetroffenes Telegramm meldet den Ausbruch der Cholera in Bassorah und Amarah am Tigris.

Belgrad, 1. Juni. Nach dem nunmehr festgestellten Wahlergebnis sind 120 Radikale, 10 Fortschrittländer und ein Liberaler gewählt worden. In drei Wahlkreisen werden Stichwahlen vorgenommen. Insgesamt wurden 203 932 radikale und 26 012 fortschrittliche Stimmen abgegeben, sonach 6000 Stimmen weniger als bei den Wahlen am 9. März.

Athen, 1. Juni. Zuverlässig verlautet, die Regierung verhandle wegen Aufnahme einer Anleihe im Betrage von vier Millionen Pfund Sterling mit dem englischen Bankhaus Hambray & Sons, Cäcilie und anderen Bankhäusern auf Grundlage einer Konvention, durch welche die Zahlung sämtlicher Kupons während 2½ Jahren sowie auch der schwebenden Schuld und die Herabeziehung des Zwangsumlaufs um 12 Millionen Drachmen jährlich bestimmt wird. Eine auswärtige Kontrolle ist nicht vorgesehen. Die Nationalbank und die Zentrale Bank verpflichten sich, sämtliche Revenuen, die laut Beschlusses der Deputirtenkammer in Gold zahlbar sind, einzukassieren. Die Regierung beabsichtigt die Kammer vorläufig nicht einzuberufen.

Washington, 31. Mai. Das Staatsdepartement empfing die offizielle Mitteilung, daß der Präsident von Nicaragua, Sacaza, gestern Abend nach Unterzeichnung der Friedensbedingungen sein Amt niedergelegt hat.

Chicago, 1. Juni. Der Marmorsaal der deutschen Kunstabteilung in der Ausstellung ist gestern eröffnet worden. — Thachers letztes Schreiben an die ausländischen Kommissare rief einen günstigen Eindruck hervor. Es ist eine Versammlung des Preisausschusses und des Komitees der auswärtigen Aussteller geplant. Thacher motivierte in seinem Schreiben seine Haltung damit, daß er sich an das Kongressgesetz halten müsse, welches das Ein-Preisrichter-System bei der Preisvertheilung angeordnet habe, wenn auch ein oder mehrere nichtamtliche Sachverständige dem Preisrichter zur Seite stehen könnten.

Panama, 1. Juni. Wie aus Managua berichtet wird, haben die Revolutionstruppen vollständig die Oberhand gewonnen. Der Präsident von Nicaragua, Sacaza, hat sich den Insurgenten ergeben und deren Bedingungen angenommen. — Nach der Abdankung des bisherigen Präsidenten von Nicaragua, Sacaza, begab sich die provisorische Regierung nach Managua und übernahm ohne Widerstand und Ruhestörungen die Leitung der Staatsgeschäfte.

London, 2. Juni. [Unterhaus.] In der gestrigen Sitzung erklärte der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Grey, es läge nicht im Interesse des Staates, irgend welche früher über den Dreibund gepflogene Korrespondenz zu publizieren, übrigens sei keine dem Hause unbekannte Zusage hinsichtlich der Verwendung britischer Streitkräfte gemacht worden. Seit dem 4. Juni 1891 sei in den hierüber von dem früheren Unterstaatssekretär des Auswärtigen gemachten Mitteilungen weder eine Veränderung eingetreten noch sei darüber ein Schriftwechsel erfolgt.

London, 2. Juni. [Unterhaus.] Eine lebhafte Debatte rief Wyndham's Amendment zum Paragraphen 3 der Homerule-Bill hervor, welches der irischen Legislatur die Kontrolle der Polizei entzieht. Ballou behauptete, die Legislatur könne durch die Ausübung einer solchen Kontrolle eine militärische Streitkraft schaffen, welche eine Gefahr für England involvire. Gladstone gab zu, daß die irische Legislatur nicht in der Lage sein dürfe, eine solche Streitmacht zu schaffen, er werde an gehöriger Stelle ein Amendment vorschlagen, welches dies verhindern solle. Ballou acceptrte diese Erklärung als befriedigend.

geng, hierauf wurde Wyndhams Amendment ohne Abstimmung abgelehnt.

London, 2. Juni. Aus Emirs in Irland wird gemeldet: Auf den Gutsverwalter Moloney, welcher zur Entgegnahme des Pachtzinses unterwegs war, wurden bei Tulla in der Grafschaft Clare von beiden Seiten der Straße Gewehrschüsse abgegeben. Moloney wurde schwer verwundet. Sieben Personen sind verhaftet, der Thäter ist jedoch noch nicht ermittelt.

Handel und Verkehr.

** Berlin, 1. Juni. [Woll-Wochenbericht.] Wir können auch diesmal von einer eingehenderen Berichterstattung Abstand nehmen, da sich Angesichts der Nähe der größeren Wollmärkte in der allgemeinen Tendenz und Geschäftslage durchaus nichts geändert hat. Der Gesamtabsatz von den hiesigen Lägern dürfte nur 600—700 Zentner deutscher Produkte betragen haben, zu ¼ aus Rückenwäschen, zu ¼ aus schwarz geschorenen, sogenannten Schmutzwollen, bestehend. Abnehmer waren ausschließlich inländische Fabrikanten, welche für Tuch- und Stoffwollen 115—125 M. (gegen 120—130 M. gegen das Vorjahr um dieselbe Zeit) und für Schmutzwollen 47 bis gegen Mitte 50 M. pro 50 Pflog. (gegen 45—51 M. im vorjährigen Wollmarkt) anlegten. Aus diesen Ziffern geht hervor, daß ungewaschene Wollen sich verhältnismäßig höher bewerten, als Rückenwäschen, denn erstere haben gegen das Vorjahr eine Wertsteigerung von 3—5 M. letztere dagegen einen Preisabschlag von durchschnittlich 5 M. erfahren. Die uns vorliegenden vorjährigen Berichte beweisen dies, während von anderer Seite behauptet wird, auch Schmutzwollen wären bis 5 Mark billiger abgegeben worden. Wir wollen diesen Irrthum hier ausdrücklich konstatiren. Unser hiesiges, noch immer gut assortirtes Lager von Rückenwäschen wird auf ca. 8500 Zentner angegeben, während Bestände von Schmutzwolle kaum vorhanden sind, da dieselben bald nach Ankunft meist schlanken Absatz nach den Laufzettler Tuchdistrikten finden. Neberechte Wollen begegnen ruhiger aber ziemlich regelmäßiger Nachfrage zu schwach behaupteten Preisen der letzten Londoner Versteigerung.

** Bradford, 1. Juni. Englische Wolle ruhig, feine Merino und Kreuzzüchten eher schwach; Lustre-Wolle fest, Garne ruhig; Stoffe geschäftlos.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Juni 1893.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm: 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. Grad.
1. Nachm.	753,7	W stark	ziem. heiter	+ 13,3
1. Abends	754,2	SW leiser	3. trübe	+ 10,3
2. Morgs.	755,0	SW schwach	ziem. heiter	+ 12,4

¹⁾ Am Tage öfter kurze Zeit anhaltender Regen.
Am 1. Juni Wärme-Maximum + 16,4° Grad.
Am 1. Juni Wärme-Minimum + 8,6° .

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 1. Juni Morgens 0,94 Meter
1. = Mittags 0,92
2. = Morgens 0,86

Telegraphische Börsenberichte.

Königsberg.

Breslau, 1. Juni. (Schlußkurse.) Fest.
Neue Proz. Reichsanleihe 86 65, 3 1/2, proz. Q.-Blandbr. 98,10, Konso. Türk. 21,80, Türk. Zoose 90,00, 4proz. ung. Goldrente 95,90, Bresl. Distriktohant 101,10, Breslauer Wechslerbank 99,00, Kreditattien 176,15, Schles. Bantverein 114,75, Donnersmarchhütte 89,50, Elbther Walzwerke —, Katowitzer Attien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 118,00, Oberösch. Eisenbahn 47,45, Oberösch. Portland-Zement 76,00, Schles. Cement 127,00, Oppeln-Zement 91,00, Kramfia 133,50, Schles. Blintafften 185,00, Laura-hütte 100,90, Verein Oelsdorf. 90,25, Österreich. Banknoten 165,50, Russ. Banknoten 213,90, Giebel Cement 76,00, 4proz. Ungarische Kronenanleihe 92,50, Breslauer elektrische Straßenbahn 113,75.

Frankfurt a. M., 1. Juni. (Schlußkurse.) Fest.
Lond. Wechsel 20,485 3proz. Reichsanleihe 86,70, österr. Silberrente 80,70, 4 1/2 proz. Papierrente 81,00, do. 4proz. Goldrente 97,20, 1860er Zoose 128,00, 4proz. ung. Goldrente 95,90, Italiener 91,90, 1880er Russen —, 3. Orient. 68,90, unreg. Egypter 101,40*, lond. Türk. 21,90, 4proz. türk. Anl. —, 3proz. port. Anl. 22,10, 5proz. serb. Rente 79,10, 5proz. amort. Rumäniens 98,10, 6proz. Konso. Mex. 75,20, Böh. Westbahn 311 1/2, 4proz. ungar. Kronenrente 92,70, Galizier —, Gotthardbahn 158,00, Lombarden 93, Böh. Böh. Büch. 140,50, Nordwestbahn —, Ost. Kreditattien 282 1/2, Darmstädter 137,20, Mittelb. 99,00, Kreditb. 150,70, Dist.-Kommandit 185,70, Dresdner Bank 14,520, Pariser Wechsel 81,05, Wiener Wechsel 165,22, serbische Tabakrente 79,50, Bochum. Gußstahl 118,20, Dortmund. Union 54,00, Harveyer Bergwerk 119,00, Hibernia 101,50, 4proz. Spaner 110,50, Matzner 110,50, Berliner Handelsgesellschaft 141,00, Privatdist. 3.

Nach Schluß der Börse: Kreditattien 283 1/2, Dist.-Kommandit 186,90.

* comptant. ¹⁾ kleine.

Wien, 1. Juni. Katholischen Feiertages wegen heute keine Börse.

Paris, 1. Juni. (Schlußkurse.) Fest.
Prozentige amort. Rente 98,20, 3proz. Rente 98,25, 4proz. Anl. —, Italien. 5proz. Rente 93,17 1/2, österr. Goldr. —, 4proz. ungar. Goldr. 96,81, 3. Orient-Anl. 68,80, 4proz. Russen 1889 99,50, 4proz. Campt. 101,05, lond. Türk. 22,00, Türk. 90,00, Lombarden 236,25, do. Priorit. —, Banque Ottomane 595,00, Rio Tinto 376,50, Tab. Ottom. 375,00, 3proz. Portugiesen 23,03, Russen 78

